

Rat will Sendemast in Wohngebiet verbieten

Rheinbreitbacher Gremium schließt einige Nutzungen aus

Mit einem kleinen Trick will der Gemeinderat Rheinbreitbach Mobilfunkmasten in der Oberen Rheinblickstraße verhindern. Das Gremium schließt bestimmte Nutzungen in dem Gebiet einfach aus.

Rheinbreitbach. Als ein reines Wohngebiet sehen die Anlieger die Obere Rheinblickstraße. Und in solch ein Gebiet gehört nach Meinung der Initiative „Immissionsarmes Wohnen Rheinbreitbach“ kein Mobilfunkmast. Wegen eines Sendemastes des Mobilfunkbetreibers O₂ in der Nachbarschaft hatten sich die Bürger zusammengeschlossen, um sich für den Erhalt des Wohnwertes ihrer Straße stark zu machen (die RZ berichtete).

Sie beantragten nun die Umwandlung der im Bebauungsplan „Obere Rheinblickstraße“ als allgemeines Wohngebiet ausgewiesenen Fläche in ein reines Wohngebiet. Andreas Holzapfel von der Rheinbreitbacher Initiati-

ve begründete den Antrag, dem 221 Unterschriften der Anwohner beigefügt waren, während der jüngsten Ratssitzung. „Wir möchten sicherstellen, dass der Gebietscharakter der Oberen Rheinblickstraße nicht verändert wird. Durch die Art der Bebauung hat das Gebiet einen besonderen Wohnwert“, sagte Holzapfel. Bei der Ausweisung in ein allgemeines Wohngebiet befürchten die Bürger, dass der bestehende Gebietscharakter jeglichen Schutz verliert. „Die Anwohner sind hier geschlossen aufgetreten, 90 Prozent der Unterzeichner des Einwohnerantrages sind Anlieger. Das ist ein eindrucksvolles Votum“, stellte Holzapfel heraus.

Mit seiner Darstellung stieß Holzapfel auf Verständnis im Gemeinderat. Dennoch votierten die Ratsmitglieder dafür, das Plangebiet grundsätzlich als allgemeines Wohngebiet zu entwickeln. Unter Berücksichtigung der

Anregungen der Initiative sollen jedoch bestimmte Nutzungen ausgeschlossen werden. Hierzu zählen unter anderem „sonstige nicht störende Gewerbebetriebe“ sowie Einzelhandelsgeschäfte, Schank- und Speisewirtschaften. Heißt konkret: Auch ein Sendemast wäre nicht zulässig.

„Die Verwaltung und die Gemeinde haben versucht, einen Königsweg zu finden“, sagte Ortsbürgermeister Karsten Fehr. „Mit den Einschränkungen zeigen wir deutlich, was wir nicht in diesem Wohngebiet haben wollen“, fügte Fehr hinzu. Durch diese Lösung werde dieselbe „materielle Sicherheit“ hergestellt wie in einem reinen Wohngebiet. Allerdings lasse das allgemeine Wohngebiet eine gewisse Nutzungsmischung von Wohnen und mit dem Wohnen verträglichen Nutzungen zu wie etwa nicht störende Handwerksbetriebe.

Beate Christ